

„Demokratiefolgenabschätzung“: Die Zukunft der Demokratie in der Technikfolgenabschätzung

„Alle Zukunft gibt Anlaß zu Besorgnis. Das ist ihr Sinn, und das gilt natürlich auch für die Zukunft der Demokratie. Je mehr in der Zukunft möglich ist, desto größer wird die Besorgnis; und das gilt nun in besonderem Maße für Demokratie, denn Demokratie ist [...] ein ungewöhnliches Offenhalten von Möglichkeiten zukünftiger Wahl.“ (Luhmann 2018a, S. 133)

1. Technikfolgenabschätzung und die Zukunft der Demokratie

Angesichts gesellschaftlicher Transformationen hat die Frage nach der „Zukunft der Demokratie“ zu Beginn des 21. Jahrhunderts eine vordringliche Relevanz gewonnen (vgl. Martinsen 2008). Praktisch wird dabei suggeriert, die Antworten heute schon zu kennen; und umso vielfältiger die Prognosen und Szenarien, desto facettenreicher präsentieren sich auch die Mittel, die erwartete Zukunft zu erreichen oder zu verhindern. Theoretische Betrachtungen konfrontiert dieselbe Frage hingegen mit einer Reihe von Paradoxien, welche den Anfangsverdacht erwecken, dass damit vielmehr etwas verdeckt, als erreicht oder verhindert wird. Bereits die Vorfrage nach dem gegenwärtigen *Zustand der Demokratie* führt zu dem ambivalenten Befund, dass die Demokratie heute zwar weltweit als normatives Idealbild zur Ausgestaltung politischer Systeme etabliert ist, an dem auch Nicht-Demokratien gemessen werden, aber gleichzeitig in ihren basalen Voraussetzungen infragesteht (vgl. dies. 2006, S. 7f.). So werden einerseits zahlreiche gesellschaftliche Missstände als aktuelle „Demokratiedefizite“ diskutiert, deren weitere Verschlimmerung bei Untätigkeit zu befürchten stehe. Die Demokratie wird dabei in einen künftigen Zustand projiziert, der einen Kontinuitätsbruch gegenüber der Vergangenheit erforderlich macht. Andererseits wird die Frage aber auch unter dem Vorzeichen *gegenwärtiger Bedrohungen* gestellt, wobei die Demokratie in der Vergangenheit liegt und folglich für künftige Kontinuität zu sorgen ist. Erst einmal aufgeworfen, so scheint es, erzwingt die Frage nach der Zukunft der Demokratie offenbar diskursive Anschlüsse, über welche sich dann kein inhaltlicher Konsens mehr herstellen lässt, sondern nur noch in ihrer Form als *Krisendiagnosen* und die daran geknüpfte Erwartung, dass diese Zukunft von Entscheidungen abhängen wird, die es bereits in der Gegenwart zu treffen gilt.

Für die *Technikfolgenabschätzung* (TA) birgt diese widersprüchliche Konstellation mehrere Implikationen: *Erstens* ist sie mit einem unverkennbaren Demokratiebezug entstanden und deshalb seit ihren frühen Anfängen mit den janusköpfigen *Folgen von Technik für die Demokratie* befasst (vgl. Martin sen/Simonis 2000). Im Fokus von TA-Debatten stehen outputseitig Risiken und „Demokratieverträglichkeit“ (Saretzki 2018, S. 320) sowie Chancen und „Demokratieförderlichkeit“ (vgl. Mensch/Schmidt 2003, S. 21f.) von Technologien. Inputseitig wird zudem eine „Demokratisierung von Technik“ durch partizipative Verfahren vorgestellt, die eine Vielzahl von Stakeholdern repräsentieren und in technikpolitische Entscheidungsprozesse einbeziehen sollen. Dies wird um die Frage nach einer „Technisierung der Demokratie“ ergänzt und die Sorge, dass Technikfolgen sich über demokratische Alltagspraktiken auf die Demokratie selbst durchschlagen könnten (vgl. Saretzki 1997). *Zweitens* wird in laufenden TA-Debatten zunehmend auch das eigene *Verhältnis zur Demokratie* (vgl. Grunwald 2018; Grunwald/Saretzki 2020) unter anderem zwischen den Polen „Neutralitätsgebot“ und „Normativität“ (vgl. Nierling/Torgersen 2019) verhandelt. Und *drittens* haben sich mit der historischen Ausdifferenzierung von TA-Paradigmen (vgl. Bogner 2021) inzwischen auch altbewährte *Zukunftskonzeptionen* als prekär entpuppt (vgl. Bechmann 2007; Grunwald 2007) und von anfänglichen linear-deterministischen Expertenprognosen über sachlich und sozial differenzierte, probabilistische Zukunftsszenarien bis zu zeitgemäßen hermeneutischen Zugängen gewandelt (vgl. ders. 2015).

Diese Ambivalenzen lassen sich als Indikator dafür lesen, dass die TA selbst bereits umfassend in dieses Problem der Zukunft der Demokratie verstrickt ist. Folglich ist, so die Grundannahme, eine theoretische Reflexion vonnöten, welche sowohl die Strukturbedingungen als auch die Machtimplikationen demokratischer Zukunftsdiskurse in Rechnung zu stellen und für wissenschaftliche TA-Analysen fruchtbare zu machen vermag. Vor diesem Hintergrund wird das Ausgangsproblem der Zukunft der Demokratie reformuliert und bearbeitet in der Fragestellung: *Welche Rolle spielen Zukunftsbezüge in demokratischen Diskursen und wie lassen diese sich für TA-Analysen nutzen?* Ausgehend von einem konstruktivistischen Politikverständnis wird die *erkenntnisleitende These* entfaltet, dass es dabei nur dem oberflächlichen Anschein nach um die politische Überbrückung von zeitlichen Differenzen geht, faktisch jedoch paradoxe Einheitskonstruktionen politischer Differenzen temporalisiert werden. Dazu wird zunächst mithilfe systemtheoretischer Überlegungen die Zukunft der Demokratie als der zentrale Taktgeber des politischen Systems skizziert (Abschnitt 2). Diese Beschreibung wird daraufhin zur schärferen Konturierung der Konflikthaftigkeit und Performativität um eine diskurstheoretische Betrachtung angereichert (Abschnitt 3).

Abschließend wird eine Analyseperspektive vorgeschlagen, welche diese Zukunft der Demokratie mit dem TA-Selbstverständnis in Einklang bringt und praktisch vollziehbar macht (Abschnitt 4).

2. Demokratie und die Zukunft des politischen Systems

Einheitssuchende Demokratiekonzeptionen setzen zumeist am Paradox der Volksherrschaft an und fordern eine Ausweitung von Repräsentation und Partizipation zu dessen Auflösung. Das Wort „Herrschaft“ bringt hier allerdings eine Differenz ins Spiel, deren abschließende Überwindung ad absurdum führen würde, denn bei vollständiger Repräsentation bräuchte es keine Partizipation, und umgekehrt keine Repräsentation, wenn alle partizipieren könnten. Dies zu beklagen, lässt jedoch all jene sozialen Transformationen außeracht, die in der historischen Genese des Problems bereits geleistet worden sind. Die nachfolgenden Überlegungen gehen demgegenüber von einem *differenztheoretischen Demokratiebegriff* aus, der unter „Demokratie“ zuvorderst eine Form politischer Differenzierung versteht. Dabei kommt ein zeitgemäßer *relationaler Machtbegriff* zum Tragen, der sich dadurch auszeichnet, dass die Machtbeziehungen beweglich sind und ihre kontingenenten Verbindungen fortwährend durch das Zusammenwirken aller Beteiligten hervorgebracht werden. In der Systemtheorie definiert dieser Unterschied zwischen den Kommunizierenden, welcher den einen dazu veranlasst, die Entscheidung der anderen über eigene Entscheidungen zu akzeptieren, das Ausgangsproblem aller *Politik*.

Historisch ist die moderne Demokratie aus dem vormodernen Territorialstaat entstanden. Dessen veränderte „Ordnungs- und Stabilisierungsbedürfnisse“ brachten eine neue Terminologie um die Begriffe „status, Staat, state“ hervor, welche zum Ausschluss der Gewaltoption das „Weltparadox der Gleichzeitigkeit von Stabilität und Wandel“ mit einer gewaltsamen Fixierung des Status Quo adressierten (vgl. Luhmann 1998, S. 353). Umweltstörungen mussten nunmehr mit staatsinternen Mitteln bewältigt werden, was zu einer Ausweitung des politischen Gestaltungsanspruchs führte, die eine organisationale Staatsverwaltung erforderlich machte. Dabei wurde das Paradox der Staatsgewalt durch eine Umstellung der „Oben-/Unten-Differenz“ zu einer „Innen-/Außen-Differenz“ in die bearbeitbare Aufgabe des Staates verlagert, „das zu erhalten und zu fördern, was er selbst unterminiert“ (ebd., S. 360). Das damit verbundene Anliegen, „die Glückseligkeit aller zu fördern unter der Voraussetzung, daß sie nicht mehr anstreben, als ihnen zukommt“, beschränkte sich schließlich auf den Versuch, „eine lebenswerte Ordnung in seinem Staatsgebiet“ aufrechtzuerhalten, „obwohl die funktionale Differenzierung des Gesellschaftssystems die Probleme diversifiziert,

den Strukturwandel beschleunigt und die Ressourcen des Staates unter Legitimitätsdruck setzt“ (ebd., S. 364).

Diese Entwicklungen wurden auf die Leitformel „*Nation*“ gebracht und somit das staatliche Paradigma der Bewahrung vergangener Zustände endgültig durch die künftige Herstellung nationaler Einheit ersetzt. Das Ordnungsproblem wanderte von der „Willkür des Souveräns an der Spalte des Staates“ in die „Frage der organisatorischen [...] Schließung des Systems“ und wurde mit einem Repräsentationsprinzip adressiert, wonach „jeder Abgeordnete das ‚Volk‘ (und damit die Umwelt des politischen Systems) repräsentiert“ (ebd., S. 368). In der Folge entstanden politische Parteien, welche der Staatsverwaltung eine Organisationsform gegenüberstellten, die gesellschaftliche Problemlagen politisiert und in Wahlstimmen umzumünzen sucht, sodass dem Staat lediglich noch die Aufgabe blieb, politische Entscheidungen im Rahmen „einer juristisch und finanziell haltbaren Ordnung“ durchzusetzen (ebd., S. 369). Dies gipfelte im „*Wohlfahrtsstaat*“, welcher den „Staat [...] zum Bezugspunkt der Universalisierung von Politik“ erhebt, indem er politisierte Probleme als „*lösbarer Probleme*“ ausdeutet, obwohl es sich um „*unlösbarer Probleme*“ handelt, „weil sie die strukturelle Differenzierung des Gesellschaftssystems in das politische System hineinspiegeln, [...] aber darauf beruhen, daß das politische System nur ein Teilsystem“ markiert (ebd.).

Auch „*Demokratie*“ bezeichnet zuvorderst eine solche „leere“, tautologische Formel für die Selbstreferenz des politischen Systems (vgl. ders. 2018b, S. 156f.). Die entscheidende Innovation ist eine dreifache interne Spezifikation der Macht durch Parteienwettbewerb, Wahlen und eine Spaltung entlang den Begriffen „*Regierung*“ und „*Opposition*“. Die politische Differenzierung wird dabei in eine Codierung überführt, deren positiver *Anschlusswert* der Regierung die Entscheidungsgewalt zuteilt und dafür sorgt, dass die Opposition folgeleistet. Der negative *Reflexionswert* ermutigt die Opposition hingegen zur Kritik von Regierungsentscheidungen und zwingt die Regierung, solche Entscheidungen zu treffen, welche dem eigenen Machterhalt förderlich sind. Dies bewirkt ein mögliches „Nacheinander von derzeitiger Regierung und Opposition [...] und zwar so, daß dies Nacheinander in jedem Moment gleichzeitig präsent ist und von beiden Seiten bei allen Entscheidungen im Auge behalten wird“ (ders. 2018c, S. 148). Das Resultat ist ein sich verselbstständigender „*Machtkreislauf der Demokratie*“, in dem Parteien um die künftige Wahl konkurrieren, wozu sie gesellschaftliche Themen zu politischen Entscheidungsprogrammen verdichten und Führungspersonal repkrutieren, während die Verwaltung kollektiv verbindliche Entscheidungen für ein Publikum trifft, das wiederum Parteien wählt (vgl. ders. 2018b, S. 157f.).

Die Zukunft der Demokratie ist nun in jenem Zeitunterschied zu suchen, welcher das System über Wahlen und Abstimmungen in Gang hält. Sie ist mehr als der bloße Zukunftsbezug, weil schon einfache Entscheidungen sich überhaupt nur als gegenwärtige Differenzen auf der Grundlage von Vergangenem und im Hinblick auf Künftiges ereignen können, was auch für politische Entscheidungen über Entscheidungen gilt. Die *Orientierung* an der Zukunft ist eine notwendige, aber keine hinreichende Bedingung für Demokratie. Es geht auch nicht nur um eine zeitliche Auflösung der politischen Differenz, denn diese wird bereits durch National- und Wohlfahrtsstaat erfüllt. Zwar kann auch die Zukunft der Demokratie nur als ein solcher *Schließungsversuch* artikuliert werden. Die Besonderheit liegt aber in der „Möglichkeit, daß regierende und oppositionelle Parteien bei der nächsten Wahl ihre Plätze tauschen“ (ders. 2018c, S. 136) und infolgedessen einmal getroffene Entscheidungen revidiert werden können. Die Grundstruktur der Demokratie ist somit durch sachliche, soziale und zeitliche Variationsspielräume gekennzeichnet, die eine *fundamentale Zukunftsoffenheit* begründen.

Die Funktion besteht nun in einer perpetuierten „*Entparadoxierung*“ der politischen Differenz, welche das Problem des Entscheidens über Entscheidungen als systeminterne Differenzierung prozessierbar macht. Die Zukunft der Demokratie dient dem politischen Strukturerhalt. Schließungsversuche garantieren dabei Anschlussentscheidungen und die *operative Schließung* des Systems. Weil Entscheidungen sich aber dadurch auszeichnen, Unterschiede zu *machen*, hat ihre Verkettung uneinholbare Entscheidungslasten und entsprechende Expansionstendenzen zur Folge, die erst im Konflikt mit anderen Gesellschaftsbereichen an den Grenzen zur wirtschaftlichen, rechtlichen oder wissenschaftlichen Tragfähigkeit enden. Die Offenheit der Zukunft sorgt hier für eine *kognitive Öffnung* der Politik gegenüber Umweltirritationen. Diese Temporalstruktur verschiebt das Machtparadox schließlich in konfligierende Demokratiezukünfte, welche nicht mehr unmittelbar durch den Widerstand der Entscheidungsunterworfenen, sondern durch anderslautende Zukunftsentwürfe in ihre Schranken gewiesen und an der Expansion über die eigene „*Sozialverträglichkeit*“ hinaus gehindert werden.

3. Demokratie und die Zukunft des Diskurses

Diese Überlegungen zur Zukunft der Demokratie werden nun um eine diskurstheoretische Perspektive erweitert, um deren Machimplikationen zu fokussieren. Anschlussmöglichkeiten zwischen der Theorie sozialer Systeme und der Diskurstheorie foucaultscher Spielart belegen zahlreiche Theorievergleiche der vergangenen Jahrzehnte. Grundlegende Gemeinsamkeiten bilden nicht nur ihre jeweils herausragende Bedeutung als moderne „Ver-

mehrer“ (Sloterdijk 2010, S. 92), sondern insbesondere auch das konstruktivistische Theoriedesign in einer Abkehr von Einheits- und Substanzbegriffen, einer Hinwendung zu Kontingenzbewusstsein und der Prozesshaftigkeit des Sozialen sowie einer geteilten Vorliebe für moderne Differenzierung, Paradoxien und „blinde Flecken“. Deshalb wird im Sinne „negativer Theoriesymbiose“ vorausgesetzt, dass die Theorien dazu geeignet sind, „gegenseitig ihre blinden Flecken auszuleuchten“ (Martinsen 2013, S. 58). Die Diskurstheorie dient hier als ein „*Impulsgeber*“ (Opitz 2013, S. 40), welcher es erlauben soll, die im politischen System unterstellte Politizität sozialer Strukturen einer kritischen Analyse demokratischer Zukunftsdiskurse zuzuführen. Ein solches „Update“ betont die semantische Konstruktion von Systemoperationen, deren strukturelle Differenzen fortwährende performative Konkretionen innerhalb aktuell stattfindender Kommunikation bedürfen (vgl. Stäheli 2004). Dies weitet das Politikverständnis auf einen Begriff „*des Politischen*“, welcher die politische Beobachtung sozialer Differenzierung als diskursiven Aushandlungsprozess ins Auge fasst (vgl. Peter 2014).

Ein solches Verständnis politischer Diskurse vermittelt die Weiterentwicklung der Diskurs- zur Hegemonietheorie durch Ernesto Laclau und Chantal Mouffe. Deren „*Antagonismus*“-Konzept misst diskursiv verhandelten sozialen Konflikten eine tragende Bedeutung bei. Im Anschluss an Michel Foucault umfasst der *Diskurs* nicht nur sprach- und schriftförmige Kommunikation, sondern wird als die „soziale Totalität“ der Gesamtheit aller sinnhaften *Signifikation* begriffen. Er ist folglich nicht bloß ein durch soziale Konflikte aufgespannter Sinnhorizont, sondern bietet umgekehrt sowohl das „*Material*“ als auch das „*Feld*“, mit bzw. auf dem diese ausgefochten werden (vgl. Laclau 2007, S. 28f.). Signifikationsprozesse zeichnen sich durch die widersprüchliche Bewegung aus, selbst uneinholbare Differenzen zwischen Signifikanten und Signifikaten zu ziehen, deren Identität sie hingegen repräsentieren. Auf der Diskusebene wird dieses Grundproblem hochskaliert auf ein Kontrastverhältnis zwischen einem „*imaginierten*“ und einem „*wirklichen*“ gesellschaftlichen „*Allgemeinen*“. Letzteres wird umgekehrt in jeder einzelnen Signifikation mitverhandelt, womit sich diskursive Ereignisse als politische Forderungen beschreiben lassen, die mit dem Ziel einer Einebnung der Differenz zwischen Imagination und Wirklichkeit in Bezug auf das Allgemeine artikuliert werden.

Aber eine einzige Forderung kann unmöglich allein das diskursive Allgemeine signifizieren, sondern muss sich dazu selbst *im Diskurs verorten*, indem sie einerseits eine Reihe von Relationen zu weiteren Forderungen knüpft, mit denen sie sich gegenüber dem Allgemeinen äquivalent setzt, und andererseits solche Forderungen miteinander verbindet, von denen sie sich differenziert (vgl. ebd., S. 31f.). Aufgrund der Differenz zwischen Signi-

fikant und Signifikat konstituiert die Artikulation politischer Forderungen notwendigerweise eine antagonistische Spaltung des Diskurses, welche die gesamte beobachtbare Welt aufteilt in ein diskursives „*Innen*“, welches der geforderten Verwirklichung des bezeichneten Allgemeinen dient, und ein diffuses „*Außen*“, welches dieser im Wege steht. In Signifikationsprozessen werden diese Verkettungen so weit verdichtet, dass sich schließlich wenige, weitgehend anschlussfähige, infolgedessen aber auch stark sinnentleerte Signifikanten gegenüberstehen. Politik verkörpert demzufolge ein „Feld struktureller Unentscheidbarkeit“ (ders. 2010, S. 129), das auf der Unmöglichkeit einer Identifizierung von Signifikaten durch Signifikanten basiert. Die Demokratie besetzt darin einen prekären „*Ort des Mangels*“, dessen soziale Wirklichkeit einen stets interpretationsbedürftigen imaginären Raum aufspannt, welchen es im diskursiven Wettstreit politischer Differenzen zu bespielen gilt.

Die antagonistische Grenze markiert somit sowohl das Ergebnis einer performativen (Re-)Produktion politischer Differenzen durch Einzelforderungen als auch jene konstitutive Grenze zur Wirklichkeit, deren Überschreiten der Eintritt in den Diskurs erfordert. Sie spaltet, weil sie den Diskurs in zwei einander unversöhnlich gegenüberstehende Lager dividiert. Doch sie vereint auch, denn sie verpflichtet alle Beteiligten auf das demokratische Allgemeine. Der Antagonismus vollzieht einen Wiedereintritt der diskursiven Grenze in den Diskurs selbst, wodurch sich dessen Innen- und Außenrelationen *innerhalb* des demokratischen Diskurses aushandeln lassen. Er instituiert den Signifikationsprozess als ein Gefälle zwischen Wirklichkeit und Imagination, dessen politische Bewältigung nur in der Zukunft stattfinden kann. Auf diese Weise präsentiert sich schließlich auch das Problem der Zukunft der Demokratie in einem neuen Lichte: Die politische Differenzierung der Wirklichkeit versieht den demokratischen Diskurs mit einem offenen Zukunftshorizont, den Demokratiezukünfte mittels leerer Signifikationen zu schließen suchen. Die Zukunft erscheint als eine „*Purifizierungsstrategie*“ (Stäheli 2004, S. 15) zur Stabilisierung des Machtmediums, welche die Kontingenz politischer Differenzen in einem Wechselspiel aus Offenheit und Schließung auf Dauer stellt.

4. Die Zukunft der Demokratie in der Technikfolgenabschätzung

Die Formel „Zukunft der Demokratie“ bezeichnet einen politischen Differenzierungsprozess, dessen Resultate in Abhängigkeit vom eingesetzten Demokratiebegriff variieren. Demokratie bildet einen modernen Einheitsbegriffs für die Selbstreferenz des politischen Systems, der mithilfe von Parteidifferenzierung, einer Spaltung der Spitze und regelmäßigen Wahlen

eine politikinterne Verarbeitung des Ausgangsproblems des Entscheidens über die Entscheidungen anderer ermöglicht. Sie signifiziert die zum Ort des Mangels verallgemeinerte Differenz im diskursiven Signifikationsprozess. Sie markiert damit sowohl die unerreichbare Einheit von politischen Entscheidungen mit ihrer gesellschaftlichen Umwelt als auch die antagonistische Grenze zwischen dem Diskurs und seinem Außen. Der Zukunftsbezug stellt sicher, dass die Paradoxie aktuell noch getragen wird, weil gegenwärtig an ihrer Bewältigung gearbeitet werden kann. Im Ergebnis halten trotz anhaltender Besorgnis demokratische Zukunftsdiskurse die Gesellschaft „entscheidungsfähig“, indem sie die konstitutive politische Differenz *dauerhaft* in der Zeitdimension auflösen, und die Voraussetzung dafür liegt offenbar in dem Umstand, dass unvollständig bleibende Signifikationen *politisiert*, also als Entscheidungen bzw. politische Forderungen interpretiert werden. Mit der Zukunft der Demokratie – so lässt sich resümieren – wird stets ein gegenwärtiger *Machtanspruch* artikuliert, der diskursiv zwischen miteinander konkurrierenden Demokratiezukünften ausgehandelt wird, und zwar „in Form eines *perpetuum mobile*, bei dem es darum geht, dass sich unterschiedliche [A]kzentuierungen gegenseitig in Bewegung halten“ (Martinsen 2008, S. 21).

Für eine TA, deren Selbstverständnis einer demokratieverträglichen und förderlichen Technik- und Gesellschaftsentwicklung verpflichtet ist, bleibt dies nicht folgenlos: „Vielfach wird die Offenheit der Zukunft nicht als Einladung zur Wahrnehmung von Gestaltungsmöglichkeiten gesehen, sondern als Bedrohung“ (Grunwald 2018, S. 44). Und wo die Zukunft der Demokratie bedroht scheint, womit die Bedingungen der eigenen Möglichkeit zur Disposition stehen, werden die üblichen Richtungsstreitigkeiten von einem weitreichenden Fundamentalkonsens überlagert, dass es hier strikte normative Interventionen braucht. Allerdings ist die TA schlecht beraten, wenn sie dabei die Konstruktionsleistung der Zukunft blindlings der Eigenlogik demokratischer Diskurse überlässt. Das bedeutet ebenso wenig, dass sie sich mit eigenen Demokratiezukünften und Schließungsversuchen am Kampfe demokratischer Diskurse beteiligen müsste. Die TA hat hier zwar für politische Anschlussfähigkeit zu sorgen, aber sie verfehlt den eigenen Anspruch, wenn sie diese Anschlüsse ständig selbst erzeugt. Stattdessen ist nach einer „angemessenen Balance zwischen Inklusionserwartungen und funktionaler Exklusion“ (Büscher et al. 2018, S. 94) hinsichtlich politischer Differenzierungen zu fragen.

Dazu wird vorgeschlagen, in wissenschaftlichen TA-Analysen nicht nur selbst prospektiv die ambivalenten Folgen von Technik für die Demokratie als Chancen und Risiken, Demokratisierungspotenziale und Technisierungsszenarien ins Auge zu fassen und damit womöglich die eigenen

Machtansprüche in die Zukunft hineinzulegen, sondern darüber hinaus im Rahmen hermeneutischer „*Vision Assessments*“ (vgl. Grunwald 2014; Lösch 2017) einander widerstreitende Demokratiezukünfte als Aushandlungsprozesse der gegenwärtigen Demokratie zu analysieren. Wenn die Zukunft der Demokratie einer jeden einzelnen politischen Forderung als Möglichkeitshorizont anhaftet, eröffnet dies einen schier unerschöpflichen Themenfundus. Und vorausgesetzt, dass diese Zukunft die soziale Funktion erfüllt, das Machtparadox der politischen Differenz zu entparadoxieren, lässt sich ebendies innerhalb *konstruktivistisch informierter TA-Analysen* nachvollziehen (vgl. Martinsen et al. 2020; Hoffmann 2020; Hoffmann 2021). Dann geht es um die Rekonstruktion gegenwärtiger Differenzen, ihrer Temporalisierung durch Demokratiezukünfte und die Frage: *Welche Artikulation setzt welche politische Differenz voraus und wie wird diese in der Zukunft aufgelöst?* In ihrer demokratischen Politikberatungspraxis könnte die TA somit sich selbst im Verhältnis zur Demokratie als ein „*gate keeper*“ im Diskurs positionieren, der empirisch beobachtbare Demokratiezukünfte darauf prüft, ob sie es erlauben, die Zukunft der Demokratie künftig offenzuhalten – und sie im Zweifelsfall in die politische Anschlusslosigkeit im diskursiven Außen verweist. All dies lässt sich abschließend als „*Demokratiefolgenabschätzung*“ bezeichnen.

Literatur

- Bechmann, G. (2007): Die Beschreibung der Zukunft als Chance oder Risiko? TA zwischen Innovation und Prävention. In: TATuP – Zeitschrift für Technikfolgenabschätzung in Theorie und Praxis 16(1), S. 34–44
- Bogner, A. (2021): Politisierung, Demokratisierung, Pragmatisierung. Paradigmen der Technikfolgenabschätzung im Wandel der Zeit. In: Böschen, S.; Grunwald, A.; Krings, B.-J.; Rösch, C. (Hg.): Technikfolgenabschätzung. Handbuch für Wissenschaft und Praxis. Baden-Baden, S. 43–58
- Büscher, C.; Böschen, S.; Lösch, A. (2018): Die Forcierung des sozio-technischen Wandels. Neue (alte?) Herausforderungen für die Technikfolgenabschätzung (TA). In: Decker, M.; Lindner, R.; Lingner, S.; Scherz, C.; Sotoudeh, M. (Hg.): „Grand Challenges“ meistern. Der Beitrag der Technikfolgenabschätzung. Baden-Baden, S. 87–96
- Grunwald, A. (2007): Umstrittene Zukünfte und rationale Abwägung. Prospektives Folgenwissen in der Technikfolgenabschätzung. In: TATuP – Zeitschrift für Technikfolgenabschätzung in Theorie und Praxis 16(1), S. 54–63
- Grunwald, A. (2014): Technikfolgenabschätzung als „Assessment“ von Debatten. TA jenseits der Technikfolgenforschung. In: TATuP – Zeitschrift für Technikfolgenabschätzung in Theorie und Praxis 23(2), S. 9–15
- Grunwald, A. (2015): Die hermeneutische Erweiterung der Technikfolgenabschätzung. In: TATuP – Zeitschrift für Technikfolgenabschätzung in Theorie und Praxis 24(2), S. 65–69

- Grunwald, A. (2018): Technikfolgenabschätzung und Demokratie. Notwendige oder kontingente Verbindung? In: TATuP – Zeitschrift für Technikfolgenabschätzung in Theorie und Praxis 27(1), S. 40–45
- Grunwald, A.; Saretzki, T. (2020): Demokratie und Technikfolgenabschätzung. Praktische Herausforderungen und konzeptionelle Konsequenzen. In: TATuP – Zeitschrift für Technikfolgenabschätzung in Theorie und Praxis 29(3), S. 11–17
- Hoffmann, F. (2020): Adulte Stammzellen im blinden Fleck des Diskurses. Anwendungsperspektiven eines konstruktivistischen Forschungsprogramms für die Technikfolgenabschätzung. In: Opper, J.; Rolfes, V.; Roth, P.H. (Hg.): Chancen und Risiken der Stammzellforschung. Berlin, S. 200–231
- Hoffmann, F. (2021): Technikfolgenabschätzung als Tanz um den blinden Fleck. Ein konstruktivistisches Forschungsprogramm. In: Lindner, R.; Decker, M.; Ehrenperger, E.; Heyen, N.B.; Lingner, S.; Scherz, C.; Sotoudeh, M. (Hg.): Gesellschaftliche Transformationen. Gegenstand oder Aufgabe der Technikfolgenabschätzung? Baden-Baden, S. 147–158
- Laclau, E. (2007): Ideologie und Post-Marxismus. In: Nonhoff, M. (Hg.): Diskurs – radikale Demokratie – Hegemonie. Zum politischen Denken von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe. Bielefeld, S. 25–39
- Laclau, E. (2010): Macht und Repräsentation. In: Laclau, E. (Hg.): Emanzipation und Differenz. Wien/Berlin, S. 125–149
- Lösch, A. (2017): Technikfolgenabschätzung soziotechnischer Zukünfte. Ein Vorschlag zur wissenschaftlichen Verortung des Vision Assessments. In: TATuP – Zeitschrift für Technikfolgenabschätzung in Theorie und Praxis 26(1–2), S. 60–65
- Luhmann, N. (1998): Der Staat des politischen Systems. Geschichte und Stellung in der Weltgesellschaft. In: Beck, U. (Hg.): Perspektiven der Weltgesellschaft. Frankfurt am Main, S. 345–380
- Luhmann, N. (2018a): Die Zukunft der Demokratie. In: Luhmann, N. (Hg.): Soziologische Aufklärung 4. Beiträge zur funktionalen Differenzierung der Gesellschaft. Wiesbaden, S. 133–140
- Luhmann, N. (2018b): Machtkreislauf und Recht in Demokratien. In: Luhmann, N. (Hg.): Soziologische Aufklärung 4. Beiträge zur funktionalen Differenzierung der Gesellschaft. Wiesbaden, S. 151–161
- Luhmann, N. (2018c): Enttäuschungen und Hoffnungen. Die Zukunft der Demokratie. In: Luhmann, N. (Hg.): Soziologische Aufklärung 4. Beiträge zur funktionalen Differenzierung der Gesellschaft. Wiesbaden, S. 141–150
- Martinsen, R. (2006): Demokratie und Diskurs. Organisierte Kommunikationsprozesse in der Wissensgesellschaft. Baden-Baden
- Martinsen, R. (2008): Das Demokratieprojekt als „Perpetuum Mobile“? Gefährdungen und Potentiale von Demokratie im Zeitalter sich wandelnder Staatlichkeit. In: Dis | kurs 4(2), S. 3–21
- Martinsen, R. (2013): Negative Theoriesymbiose. Die Machtmodelle von Niklas Luhmann und Michel Foucault im Vergleich. In: Brodocz, A.; Hammer, S. (Hg.): Variationen der Macht. Baden-Baden, S. 57–74

- Martinsen, R.; Gerhards, H.; Hoffmann, F.; Roth, P.H. (2020): Paradoxe Zukünfte. Eine narratologisch-empirische Analyse des Diskurswandels von Moral zu Risiko in der Stammzellforschung und ihren Anwendungen in Deutschland. In: Opper, J.; Rolfs, V.; Roth, P.H. (Hg.): Chancen und Risiken der Stammzellforschung. Berlin, S. 121–171
- Martinsen, R.; Simonis, G. (2000): Demokratie und Technik. In: Martinsen, R.; Simonis, G. (Hg.): Demokratie und Technik – (k)eine Wahlverwandtschaft? Opladen, S. 9–16
- Mensch, K.; Schmidt, J.C. (2003): Demokratische Wissenschafts- und Technikgestaltung. Eine einleitende Skizze zur Demokratiefähigkeit von Zukunftstechnologien. In: Mensch, K.; Schmidt, J.C. (Hg.): Technik und Demokratie. Zwischen Expertokratie, Parlament und Bürgerbeteiligung. Opladen, S. 11–28
- Nierling, L.; Torgersen, H. (2019): Normativität in der Technikfolgenabschätzung. Einleitung in das TATuP-Thema. In: TATuP – Zeitschrift für Technikfolgenabschätzung in Theorie und Praxis 28(1), S. 11–14
- Opitz, S. (2013): Was ist Kritik? Was ist Aufklärung? Zum Spiel der Möglichkeiten bei Niklas Luhmann und Michel Foucault. In: Amstutz, M.; Fischer-Lescano, A. (Hg.): Kritische Systemtheorie. Zur Evolution einer normativen Theorie. Bielefeld, S. 39–62
- Peter, T. (2014): Politisierte Systeme – Grenzen der Politik und Entgrenzung des Politischen bei Niklas Luhmann. In: Martinsen, R. (Hg.): Spurensuche: Konstruktivistische Theorien der Politik. Wiesbaden, S. 45–61
- Saretzki, T. (1997): Technisierung der Natur – Transformation der Politik? Perspektiven der politikwissenschaftlichen Analyse zum Verhältnis von Biotechnologie und Politik. In: Martinsen, R. (Hg.): Politik und Biotechnologie. Die Zumutung der Zukunft. Baden-Baden, S. 37–60
- Saretzki, T. (2018): Technik und Demokratie. In: Forschungsjournal Soziale Bewegungen 31(1–2), S. 313–322
- Sloterdijk, P. (2010): Luhmann, Anwalt des Teufels. Von der Erbsünde, dem Egoismus der Systeme und den neuen Ironien. In: Burckhardt, W. (Hg.): Luhmann Lektüren. Berlin, S. 91–158
- Stäheli, U. (2004): Semantik und/oder Diskurs: „Updating“ Luhmann mit Foucault? In: kultuR-Revolution 47, S. 14–19

